

besteht Einverständnis. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Wer dafür ist, federführend den Ältestenrat und mitberatend den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien mit diesem Antrag zu befassen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Erste Beratung:

Konsequenzen aus dem Klimagipfel in Kopenhagen ziehen: Niedersachsen muss endlich eigene Klimaziele festlegen und handeln! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2076

Zur Einbringung hat sich der Kollege Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. Bitte schön, Herr Wenzel!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Ende der Klimakonferenz in Kopenhagen hatte so wahrscheinlich niemand erwartet. Trotz pessimistischer Stimmen im Vorfeld kam es dann noch viel schlimmer als erwartet. Am Ende kam eine Schlussrunde zusammen, in der die Europäische Union noch nicht einmal mehr als Gesprächspartner am Tisch saß. Weder Herr Barroso noch die Bundeskanzlerin noch irgendein anderer Staatschef der Europäischen Union hat daran teilgenommen. Das Ergebnis wurde vom Plenum des Klimagipfels nicht beschlossen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen - in meinen Augen ein Desaster angesichts der Herausforderung, vor der wir stehen.

Wir wissen - da ist sich die Wissenschaft erstaunlich einig -: Wenn es nicht zu konsequentem Handeln kommt, dann lässt sich die Erderwärmung nicht auf 2° C gegenüber vorindustriellen Zeiten begrenzen. Damit drohen weitgehende Veränderungen des Klimas, die Nahrungsgrundlagen, Wohnungen und Wohlstand von einem Viertel der Menschheit bedrohen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Am Ende wird das zu weiteren einschneidenden Folgen für die soziale Situation in vielen Ländern führen. Das wird aber auch bei uns ganz direkte

Auswirkungen auf die Landwirtschaft, auf den Küstenschutz und viele andere Bereiche haben.

Was tun? Was tut man in einer solchen Situation, in der sich die globale Handlungsebene als unfähig erwiesen hat? Warten auf den nächsten Gipfel? Abwarten, ob beim nächsten Gipfel mehr herauskommt? - Das wäre eine Option, eine Strategie. Warten, ob beim nächsten Mal mehr herauskommt als der kleinste gemeinsame Nenner? Warten, ob Länder wie China oder die USA beim nächsten Mal zu mehr bereit sind?

Nein, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass Abwarten eine vernünftige, zielführende Strategie ist. Deshalb hat meine Fraktion diesen Antrag zu Papier gebracht. Ich glaube, dass wir in unserem eigenen unmittelbaren Verantwortungsbereich handeln müssen. Dort, wo wir Verantwortung tragen können, wo wir Einfluss haben, müssen wir handeln, und zwar jetzt, heute und in naher Zukunft.

Ich glaube auch, dass es notwendig ist, dass wir eine Vorreiterrolle einnehmen. Diejenigen, die handeln können und wollen, sollen jetzt auch damit beginnen. Sie sollen sich Ziele setzen. Dabei ist an allererster Stelle das Land Niedersachsen gefragt.

(Unruhe)

Wir dürfen nicht nur vom Bund oder von irgendwelchen anderen Leuten fordern, dass sie die Klimaziele erfüllen, sondern wir müssen uns - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Wenzel, darf ich Sie kurz unterbrechen?

(Hartmut Möllring [CDU] führt ein Gespräch mit einem Abgeordneten der CDU-Fraktion)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Der Finanzminister hat gerade eine wichtige Besprechung, Herr Präsident.

(Hartmut Möllring [CDU]: Ja, genau! - Victor Perli [LINKE]: Die Taschen sind schon leer!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, wenn Sie bereit sind, wieder zuzuhören, dann kann Herr Wenzel fortfahren.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren, der Umweltminister des Landes Niedersachsen hat in der letzten Plenarsitzung gesagt, dass er erst in zwei Jahren Klimaziele festsetzen will. Wir sind der Auffassung, der Landtag sollte das so schnell wie möglich tun, und zwar möglichst im nächsten Plenum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass sich das Land zum Ziel setzt, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 % und bis zum Jahr 2050 um 95 % zu senken. Wir wollen, dass das Land alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt, die es hat, um dieses Ziel zu realisieren.

Wir wollen, dass die Landesregierung möglichst rasch ein Klimaschutzprogramm vorlegt. Deutschland und auch Niedersachsen sind in einer Pole Position mit Blick auf die Technologien von morgen. Wir haben schon auf vielen Feldern die Marktführerschaft erreicht. Diese gilt es zu verteidigen und auszubauen.

Woran müssen wir unser Handeln messen? Handeln oder nicht handeln, was ist letztlich besser für das Klima? Handeln oder nicht handeln, was ist besser für die Wirtschaft? Handeln oder nicht handeln, was ist besser für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niedersachsen? - Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich bin der festen Überzeugung, das Festhalten am Alten, das Konservieren der alten Strukturen ist eine Loser-Strategie. Das ist wirtschaftspolitisch eine Loser-Strategie, das ist für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Loser-Strategie, und das ist insbesondere für das Klima und für die Umwelt fatal, für die Rahmenbedingungen, unter denen wir uns heute bewegen.

Zunächst zur Situation einer Kyoto-Regelung mit Folgevertrag: Das wäre der Fall, wenn es in einem halben oder in einem Jahr gelingen würde, auf der globalen Ebene einen Nachfolgevertrag zu beschließen. Dann wäre mit steigenden Emissionshandelspreisen, mit steigenden Preisen für Verschmutzungsrechte zu rechnen. In dieser Situation sind in jedem Fall diejenigen im Vorteil, die schon vorher in klimaschonende Technologien investiert haben, die schon vorher in Energieeffizienz investiert haben. Das ist die eine Möglichkeit.

Die andere Möglichkeit ist: Die Weltgemeinschaft kann sich nicht auf einen Folgevertrag bzw. nicht auf einen Folgevertrag, der wirklich Substanz hat, verständigen. Dann, meine Damen und Herren, tritt ein anderer wirtschaftspolitischer Effekt ein. Dann

werden die Energiepreise nämlich noch deutlich schneller steigen, als sie jetzt schon steigen, weil wir bei wichtigen Rohstoffen, bei den Lagerstätten schlicht und einfach an die Fördermaxima kommen, weil wir dort am Ende sind und keine Steigerung mehr möglich ist. Das gilt im Übrigen auch für Uran - das sage ich für all die Freunde, die glauben, sie könnten sich von der Erde abkoppeln und mit Atomkraft in den Weltraum beamen. Die Energiepreise werden dann noch schneller steigen.

Deshalb gilt für beide Fälle, meine Damen und Herren: Investitionen in Energieeffizienz, in Energieeinsparung, in Ressourcenschutz und erneuerbare Energien sind auch in einer Welt ohne ein globales Abkommen eine Gewinnerstrategie. Deshalb sage ich ganz deutlich: Diejenigen, die jetzt Angst vor eigenem Handeln haben, weil sie meinen, sie kämen dann wettbewerbspolitisch oder wirtschaftspolitisch ins Hintertreffen, sind schlicht und einfach auf dem falschen Dampfer.

(Zustimmung von Christian Meyer
[GRÜNE])

Meine Damen und Herren, deshalb müssen wir jetzt voranschreiten, uns eigene Klimaziele setzen, ein eigenes Klimaschutzprogramm auflegen und anfangen.

Ich habe allerdings Zweifel, ob sich Herr Wulff und Herr Sander die Mechanismen des Emissionshandels und die Mechanismen und Kräfte, die dabei wirtschaftspolitisch wirken, wirklich bewusst gemacht haben. Auch der Agrarminister, der bezeichnenderweise bei dieser Debatte nicht dabei ist, setzt überhaupt keine Impulse, obwohl Herr Ehlen als Agrarminister beim Klimaschutz ganz vorne mit dabei sein muss, wenn es darum geht, unsere Wirtschaft und unsere Lebenssituation zukunftsfähig aufzustellen. Da muss die Agrarpolitik liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Sander, Sie erwähnen in diesem Zusammenhang immer gerne die von Ihnen eingerichtete Klimaschutzkommission. Es ist Ihre Generalausrede, dass sie noch arbeiten muss und irgendwann Vorschläge vorlegt. Aber, meine Damen und Herren, das ersetzt nicht eigenes Handeln dieser Landesregierung, dieses Ministerpräsidenten. Sie dürfen die Klimaschutzkommission nicht als Feigenblatt für Ihr Nichthandeln in Niedersachsen benutzen. Gehen wir jetzt voran! Ich hoffe, dass wir angesichts der Rahmen-

bedingungen auch Unterstützung von den anderen Fraktionen erhalten.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Emmerich-Kopatsch.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Haben Sie keine anderen Redner mehr? Müssen Sie das alles alleine machen? - Gegenruf von der SPD: Sie sind nur neidisch!)

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Stefan Wenzel, ich glaube, es ist nicht zu erreichen, schon beim nächsten Plenum Klimaziele festzusetzen; denn alles, was bisher vorliegt, ist dieses dünne Blatt Papier. So wird man wohl keine Klimaziele verabschieden können.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird von uns nicht in Gänze mitgetragen. Wir verfolgen einen leicht anderen Ansatz. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist in seinen Ausführungen etwas zu dirigistisch.

Wir stehen für den Aufbruch in ein neues Technologiezeitalter, wir stehen für den vollständigen Verzicht auf Kernkraft - das gilt natürlich auch für die Grünen -, und wir stehen für einen stetig abnehmenden Verbrauch fossiler Brennstoffe. Aber ganz besonders stehen wir für eine moderne, ökologische Industriepolitik bei gleichzeitiger Erreichung der Klimaziele.

(Zustimmung von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich unterstützen wir natürlich die Forderung der Grünen nach einem eigenen niedersächsischen Klimaschutzkonzept. Denn Niedersachsen ist - peinlicherweise - das einzige Bundesland in Deutschland, das konzeptionell überhaupt nicht vorankommt. Das ist bezeichnend für die allgemeine Arbeitsweise dieser Landesregierung. Seit Jahren wird geredet. Aber jetzt hat Herr Minister Sander ein Konzept angekündigt, und zwar für 2012. Herr Minister Sander, 2012 ist deutlich zu spät.

(Zuruf: Er hört nicht zu!)

- Das scheint Sie nicht weiter zu interessieren. - Wenn in Kopenhagen nichts erreicht wurde, so liegt dies sicher an der Blockade durch einige wichtige Staaten. Warum aber Niedersachsen nicht in der Lage sein sollte, für ein überschaubar großes Bundesland ein halbwegs passables Konzept zu erarbeiten, wird wohl für immer Ihr Geheimnis bleiben.

Kolleginnen und Kollegen, es ist doch erstaunlich, dass in der Kurzstudie des Energieforschungszentrums, die ich gerade gezeigt habe, steht, dass die Datenbasis nicht ausreicht, um sinnvolle Vorschläge zu unterbreiten. Keine Datenbasis? Herr Minister Sander, was machen Sie da überhaupt? Vielleicht beschäftigen Sie sich allgemein zu viel mit Dingen, die Sie nichts angehen, oder aber mit der Umweltzone in Hannover.

(Minister Hans-Heinrich Sander: Was meinen Sie damit?)

- Sie sollten mal arbeiten. Das meinte ich damit.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir von der SPD-Fraktion wollen mit einem integralen Ansatz die wirtschaftlichen Vorteile eines Energie- und Klimaprogramms für Niedersachsen deutlich machen. Wir wollen mit alternativen und verbesserten Technologien die Wirtschaft des Landes stärken. Wir wollen, dass die Forschung der Motor in allen Zukunftsfragen ist. Wir wollen, dass mit neuen Prozessen und Produkten der Export aus Niedersachsen heraus weiter deutlich gestärkt wird. Wir wollen mit einer ökologischen Industriepolitik die Modernisierung der niedersächsischen Wirtschaft maßgeblich positiv begleiten und die Unternehmen dabei unterstützen, langfristig zukunftsfähig und wetterfest zu sein.

Neue Ressourcen schonende und energieeffiziente Produktionsverfahren sind weltweit gefragt. Die Verbesserung der Wirkungsgrade bei der Energieerzeugung, die Energiespeicherung, effiziente dezentrale Anlagen, mobile Brennstoffzellen, Energieumwandlung - all das sind Themen, die wichtig sind. Das sind Themen, mit denen man zudem noch viel Geld verdienen kann. Gleiches gilt für die Sanierung des Gebäudebestandes und der Heizungsanlagen in privaten und öffentlichen Gebäuden. Die Entwicklung und Anwendung neuer Bau- und Dämmstoffe ist immer noch hochaktuell. Auch muss der Strom- und Energieverbrauch deutlich gesenkt werden. Im Gebäudebestand

besteht ein großer Nachholbedarf im gesamten Land.

Kolleginnen und Kollegen, hier liegt auch eine große Chance für unser Handwerk. Hier ist ein großer Markt auch für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Auch die Energie- und Rohstoffesparpotenziale, die in der mittelständischen Wirtschaft noch vorhanden sind, sollten ermittelt und genutzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einsatz von Wasserstofftechnologien ist noch lange nicht zufriedenstellend. Auch hier können die Hochschulen des Landes Großes leisten, wenn man sie dabei mit ernst zu nehmend ausgestatteten Forschungsprogrammen unterstützt.

Verbundforschung ist auch wünschenswert für die Bereiche Verkehr und Mobilität der Zukunft. Die Arbeit an alternativen Antrieben und Kraftstoffen in der Entwicklung von Verkehrsmanagementsystemen ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir wollen die weitere Erforschung und Anwendung der erneuerbaren Energien fördern. Denn das ist eine Daueraufgabe, die dringend Unterstützung braucht, genauso wie es die Windkraft zu unserer Regierungszeit erfahren hat. Sie ernten jetzt quasi das, was wir - auch unter Minister Jüttner - angelegt haben.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Ach so ist das!)

- Gut, dass Sie das jetzt verstehen, Herr Langspecht. - Dies und vieles andere muss allerspätestens jetzt in einem Gesamtkonzept verabschiedet werden, damit Niedersachsen ganz weit vorn dabei ist, wenn es um die Bewältigung der Zukunftsaufgaben der Menschheit und der Welt geht. Mit einer sinnvollen Zusammenarbeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft kann man die Potenziale, die die Klimafrage bietet, auch wirtschaftlich optimal nutzen. Wir müssen nur endlich die Ziele formulieren und die angemessenen Rahmenbedingungen schaffen. Mit Ihrem Umweltminister ist bei Zukunftsthemen leider nicht viel Staat zu machen. Aber vielleicht kommt im Umweltausschuss etwas dabei heraus.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Fraktion DIE LINKE hat sich jetzt Herr Kollege Herzog gemeldet. Bitte!

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf: Er hat doch noch gar nichts gesagt! - Gegenruf von Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wir wissen, dass er gut ist!)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Weltklimagipfel in Kopenhagen war noch nicht einmal ein Hügel. Er hat schlichtweg versagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei ging es nicht nur um Klimawandel, nicht nur um CO₂, sondern es ging und geht um mehr, es geht um Gerechtigkeit. Kopenhagen war die Chance, Gerechtigkeit zu definieren, wovon Klimagerechtigkeit lediglich ein Teil ist. Grundlegende Veränderungen sind unumgänglich beim Kampf gegen den Klimawandel. Unumgänglich sind die erforderlichen Lern- und Suchprozesse ohne Scheuklappen. Da müssen Ziele definiert werden; solidarisch statt besitzstandswahrend. Da müssen Regeln vereinbart werden; integrierend statt ausgrenzend. Da müssen Rahmen gesetzt werden, die dem Ernst der Lage Rechnung tragen und den historischen Verursachern selbige offen präsentieren. Die wichtigsten von ihnen würden sogar auf den berühmten Bierdeckel passen - das Effizienzsymbol deutscher Ordnungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor mehr als einer Generation, vor 38 Jahren, 1972, veröffentlichte der Club of Rome sein berühmtes Werk über die Grenzen des Wachstums. Die realen Fakten haben sich seitdem erheblich verschärft; und mit ihnen die sozialen Folgen.

Ungeachtet dessen üben sich Regierungschefs in unverbindlichen Wortklaubereien, und die Industrieländer weigern sich, ihre historische Grundschuld anzuerkennen. Sie muss zurückgezahlt werden, darf aber nicht mit Taschenspielertricks aufgerechnet und kleingehalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Selbstbestimmte Teilhabe statt Almosen“ - das passt auch auf einen niedersächsischen Bierdeckel, Herr Sander.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere in Zeiten wie diesen, in Zeiten der Wirtschaftssystemkrise, passt das simple Extrapolieren Ressourcen verschlingender Wirtschafts- und Lebensweise unter Beschwörung einullender Wachstumsmantren nicht mehr. Wer glaubt, Wachstum als Voraussetzung für das Abschöpfen hoher Profitraten sei mit einem fröhlichen „Weiter so“ auf den Lippen handhabbar und mit Gerechtigkeit und nachhaltiger Ressourcensicherung für kommende Generationen vereinbar, der irrt.

Ja, in der Tat: Das ist eine Systemfrage. Es reicht eben nicht: ein Tripel-A für Hightechherde bei uns und für Afrika die Kochkiste, von der ich übrigens sehr viel halte.

(Beifall bei der LINKEN)

CDU und FDP haben allerdings das strukturgebende politische Handeln längst aufgegeben, wie andere Regierungen vor ihnen auch schon. Indem sie zuließen, dass eine dezentrale, kleingliedrige demokratisch kontrollierte Energieversorgungsstruktur in Form von Stadtwerken von großen Energiekonzernen geschluckt wurde, bereiteten sie die Grundlage für Großkraftwerke, für die nur die großen Vier die entsprechenden Mittel aufbringen können. Je größer, je zentralisierter, desto stärker wurden deren Macht und deren Einfluss auf politische Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen verschanzte sich die Regierung erst einmal hinter dem gering anmutenden 0,3%-Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß und hinter einer sogenannten Regierungskommission ohne Zieldefinition. Der Primaklima-Minister kippt gerade Hannovers Umweltzone und peitscht hanebüchene Umweltgesetze durch den Landtag, ein klientelbedienender Rückfall in die 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Gleichzeitig kündigt er bei der Hohnstorfer Eiswette launig ein neues Kapitel seiner Kettensägenorgie an.

(Ingrid Klopp [CDU]: Ihr wiederholt euch!)

In Sonntagsreden brüstet er sich mit Niedersachsens Vorreiterstellung in Energiefragen. Dabei ist er hellwach und lässt den atomfossilen Minister gern zu Hause. Aber, Herr Sander, der Niedersachsen-Gaul lahmt schon ziemlich. Pro Einwohner gerechnet haben Sie nicht einmal bei der Windkraft die hoch getragene Nase vorn. Bei der Kraft-Wärme-Kopplung erreichen Sie nur ein Drittel der Quote von Brandenburg, bei Solarthermie nur die Hälfte von Bayern, bei Wärmedämmung nur

die Hälfte von Schleswig-Holstein, bei Passivhäusern nur ein Drittel Bayerns, beim ÖPNV sind Sie im Ländervergleich Dritttletzter.

(Zuruf von der SPD: Er ist gar nicht da!)

Diese miesen Kennzahlen sollten Ihnen die Schamesröte ins Gesicht treiben. Geothermie und systematisches, flächendeckendes Stoffstrommanagement will ich nur als Stichworte für weitere elementare Versäumnisse dieser Regierung erwähnen.

Die Ursache der jetzigen Krise ist also nicht nur der Einbruch des Kapitalwachstums, sondern auch das Wachstum selbst mit all seinen ungerechten Facetten global wie lokal. Deshalb muss eine solidarische Ökonomie die Profitwirtschaft ersetzen. Dazu reicht ein Green New Deal eben nicht. Dazu brauchen wir den demokratischen Umbau der Wirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese solidarische Ökonomie auf- und auszubauen ist nicht nur eine historische Chance, sondern schlichtweg eine Überlebensfrage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Als nächsten Redner rufe ich Herrn Thiele von der CDU-Fraktion auf.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wenzel, ich habe Ihnen bei der Einbringung des Antrages sehr genau zugehört. Ich gebe zu, dass ich erfreut war, dass Sie nicht ganz so fatalistisch geredet haben, wie Sie geschrieben haben; denn der Antrag liest sich sehr defensiv und ist Schwarzmalerei.

Allerdings muss ich Ihnen sagen: Ich finde es unglücklich, dass Sie bei Ihren Ausführungen immer das Trennende in den Vordergrund stellen. Wenn man eine Lehre aus dem Klimagipfel in Kopenhagen ziehen will, dann ist es sicherlich die, dass die Bemühungen, die Emissionen von Treibhausgasen regional, national und weltweit verbindlich massiv zu senken, nur erfolgreich sein können, wenn es zu einem breiten, internationalen, die Gesellschaften übergreifenden Konsens über die Ziele und Instrumente des Klimaschutzes kommt.

Für den Antrag zu diesem Thema - das sage ich ganz offen - bin ich Ihnen sehr dankbar, bietet er doch Gelegenheit, hier noch einmal den hohen Stellenwert deutlich zu machen, den die Klimaschutzpolitik aus der Sicht der CDU-Landtagsfraktion hat. Uns allen ist bewusst, dass wir vor enormen Herausforderungen stehen, wenn wir das gemeinsam gesteckte Ziel erreichen wollen, die Klimaerwärmung global auf maximal 2° C im Durchschnitt zu begrenzen.

Für uns Niedersachsen - auch das sage ich ausdrücklich - sind mit dieser Herausforderung auch sehr große Chancen verbunden, die wir ergreifen müssen. Wir müssen unsere Stärken, die wir im Bereich von Forschung, Ingenieurskunst und Maschinenbau haben, und unsere Möglichkeiten im Bereich der modernen und effizienten Energiegewinnung beim Export von Produkten und unseres Könnens dafür einsetzen, um erstens einen besonderen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und zweitens damit gleichzeitig Wohlstand und Arbeitsplätze in Niedersachsen zu schaffen und zu sichern. Diese Chancen nutzt dieses Land, und wir nutzen diese Chancen gemeinsam mit der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich dankbar dafür, dass sie den internationalen Klimaschutz zu einem Markenzeichen deutscher Politik gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Nach der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen - man kann die Ergebnisse dieser Konferenz so oder so bewerten - kommt es jetzt im Hinblick auf die verbindliche Vereinbarung ausreichender weltweiter CO₂-Minderungsziele darauf an, dass wir die nächsten großen Anstrengungen gemeinsam bewältigen. Ich werte es zumindest als ein sehr gutes Zeichen, dass sich die USA und China zum ersten Mal offen zu der gemeinsamen Verantwortung der gesamten Völkergemeinschaft für das Weltklima bekannt haben. Das ist ein positives Zeichen. Jetzt wird es darauf ankommen, dass wir uns - die Bundesregierung hat sich dazu verpflichtet - in den Folgekonferenzen, u. a. in Bonn, mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass es beim nächsten Schritt zu verbindlichen gemeinsamen Zielsetzungen, zu einem entsprechenden Instrumentenkasten und somit zu einem Kyoto-Folgeabkommen kommt. Dies von vornherein in Bausch und Bogen für unmöglich zu erklären, hielte ich für einen Fehler.

Ich will ausdrücklich sagen, dass das Land Niedersachsen unabhängig davon seiner Verantwortung in diesem Kontext in den letzten Jahren sehr wohl gerecht geworden ist. Ich will in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Maßnahmen kurz benennen. Ich erwähne die Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Gebäudesanierung - hierfür werden 12 Millionen Euro aus EFRE und 27 Millionen Euro aus der Initiative Niedersachsen zur Verfügung gestellt -, das Programm für effiziente kommunale Straßenbeleuchtung, das ein echter Kassenschlager war, den Wettbewerb „Klima kommunal 2010“, die Einrichtung sogenannter Transferzentren betreffend Energieeffizienz für mittelständische Unternehmen, Förderprogramme für die Bezuschussung von KfW-Programmen zur Energieeffizienz, Zuschüsse für energiesparende Neubauten, die Landesinitiative „Energieeinsparung“ mit dem Energiesparmobil Niedersachsen des NABU und der Schornsteinfeger, die Vorbereitung einer Landesinitiative „Altbausanierung“, die schrittweise energetische Sanierung der Landesliegenschaften sowie Forschungsverbände für erneuerbare Energien und für die Entwicklung von Elektroautos - wir haben darüber vorhin gesprochen - zur Marktreife usw. Sie sehen, es gibt unzählige Maßnahmen, die diese Landesregierung mit unserer Rückendeckung in den letzten Jahren angeschoben hat, um unserer Verantwortung im Bereich des Klimaschutzes gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Man kann jetzt natürlich sagen: Wir müssen nicht nur auf internationaler Ebene und auf Bundesebene, sondern möglichst auch auf der Länderebene und der kommunalen Ebene konkrete Klimaschutzziele definieren. Das kann man tun. Was tun wir aber, wenn ein energieintensives Unternehmen aus Süddeutschland sagt, es wolle gern nach Niedersachsen kommen und einen Effizienzsprung machen? Dies versaut dann zwar unsere Energieeffizienzdaten, aber es verbessert gleichzeitig die Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland. Es wäre insofern ein Fehler, in diesem Falle Nein zu sagen, nur weil wir unsere Energiebilanz schonen wollen. Solche kleinteiligen regionalen Zielsetzungen können mit Sicherheit nicht funktionieren.

In Wirklichkeit kommt es doch darauf an, dass wir es gemeinsam hinbekommen, dass die vielen Menschen in Niedersachsen, die in unseren Städten und Dörfern in alten, schlecht isolierten, mit alten Heizungen ausgestatteten Gebäuden wohnen, beispielsweise dazu gebracht werden, dass

sie diese Gebäude möglichst kurzfristig sanieren und dadurch einen Beitrag dazu leisten, dass CO₂ in Niedersachsen eingespart wird.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, nicht über theoretische Ziele zu diskutieren, sondern praktische Maßnahmen zu ergreifen.

Ich sage ausdrücklich, dass wir der Regierungskommission „Klimaschutz“, die im Jahre 2008 eingesetzt wurde, dafür danken, dass sie in den letzten Monaten ganz konkrete Maßnahmen vorgeschlagen hat, die diese Landesregierung zusätzlich ergreifen will und worüber momentan diskutiert wird. Erstens soll es eine zusätzliche Energieeffizienzinitiative geben. Zweitens wird ein Investitionsprogramm für rentierliche energetische Gebäudesanierung insbesondere in notleidenden Kommunen vorgeschlagen. Drittens soll für den Sektor Agrarwirtschaft ein abgestimmtes Klimaschutzprogramm erarbeitet werden, das bis hin zum Endverbraucher reicht. Das sind gute und konstruktive Vorschläge, die von den Experten gemacht werden und auf die wir jetzt zurückgreifen können. Es ist deshalb ein Fehler, die Regierungskommission immer so negativ darzustellen, wie es von der Opposition getan wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Wenzel, Sie haben - zumindest bisher - eine Chance vertan. Die die Regierung tragenden Fraktionen haben im Herbst des vergangenen Jahres hier einen Antrag eingebracht, mit dem wir der Regierungskommission zusätzliche Themenfelder aus den Reihen des Parlaments benennen wollten. Wir haben die Beratung dieses Antrages im Fachausschuss zweimal vertagt, weil in beiden Sitzungen angekündigt wurde, dass es Ihrerseits Vorschläge gibt, wie wir zu einem konsensualen, zu einem gemeinsamen Antrag kommen können. Bis heute wurde von Ihrer Seite zu diesem Thema aber überhaupt nichts geliefert. Jetzt kommen Sie mit diesem Antrag. Dieser Antrag ist, mit Verlaub gesagt, im Wesentlichen auf ideologischen Ballast beschränkt, den wir bei Ihnen immer angetroffen haben. Der vorliegende Antrag enthält wenig Konkretes. Er enthält keine vernünftigen und zukunftsweisenden Vorschläge. Er ist vor allen Dingen von dem Irrglauben durchdrungen, man könne Klimaschutz auf dem Erlasswege praktizieren. Das ist ein Denkfehler, der in diesem Antrag durchgängig zu finden ist. Wir werden den Antrag deshalb natürlich so nicht mittragen.

(Beifall bei der CDU)

Man darf nicht den Fehler machen, Klimaschutz an den Menschen vorbei praktizieren zu wollen. Das wird nicht gehen. Die Chance, die das Land ergreifen kann, um den Klimaschutz gemeinsam mit den Menschen voranzutreiben, müssen wir ergreifen. Diese Chance haben Sie vertan. Das ist schade.

(Beifall bei der CDU)

Nachhaltiger Klimaschutz kann durch staatliche Zwangsmaßnahmen allein ohnehin nicht praktiziert werden. Herr Wenzel, gehen Sie davon aus, dass wir Ihren Antrag in den Fachausschüssen in diesem Sinne beraten werden. Ich habe nach wie vor die Hoffnung, dass wir am Ende im Ergebnis möglicherweise doch zu gemeinsamen Ansätzen kommen. Ich halte das bei diesem Thema für zwingend notwendig. Ich habe allerdings die Bitte an Sie, dass Sie nicht immer von vornherein die gute Arbeit der Experten, der Praktiker, der Klimaschutzkommission und der Landesregierung ausklammern.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Der nächste Redner ist Herr Hocker von der FDP-Fraktion.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Wenzel, zunächst möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich für das unerwartete Lob bedanken, das zwischen den Zeilen Ihres Antrags unüberhörbar mitschwingt. Sie sprechen von „Investitionen in Energieeffizienz, Energieeinsparung, Ressourcenschutz und erneuerbare Energien“; das gehört für Sie zu einer „Gewinnerstrategie“.

Weil ich - wie wahrscheinlich viele andere von Ihnen auch - gerne zu den Gewinnern gehöre, habe ich mich einmal erkundigt, welche Initiativen unsere Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat, um CO₂-Einsparungen zu bewirken. Dank Ihres Antrags fühle ich mich zusätzlich bestärkt, auf der Gewinnerseite zu sein, Herr Wenzel.

(Beifall bei der FDP sowie Zustimmung bei der CDU)

Im Rahmen der Förderung der kommunalen Energieeffizienz stellt das Ministerium für Umwelt und Klimaschutz in diesem Jahr 12 Millionen Euro für

Energieeffizienzmaßnahmen an kommunalen Gebäuden, insbesondere an Schulen und an Sporthallen, zur Verfügung.

Mit zusätzlichen 2 Millionen Euro werden in diesem Jahr darüber hinaus Investitionen zugunsten energieeffizienter kommunaler Straßenbeleuchtung unterstützt; Kollege Thiele hat das eben erwähnt.

Eine weitere Million steht als Preisgeld im Rahmen des Wettbewerbs „Klima kommunal 2010“ bereit.

Zusätzlich werden Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohnbereich gefördert, KfW-Maßnahmen bezuschusst und die Energieeffizienz von Unternehmen gefördert.

Schließlich wurde die bereits erwähnte Regierungskommission eingesetzt, die bereits weitere Beschlüsse zur Energieeffizienzinitiative und zu weiteren Investitionsvorhaben der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude vorgelegt hat.

Meine Damen und Herren, diese pragmatischen Maßnahmen bewirken schon jetzt weitaus mehr als eine neue zeitraubende Diskussion über realistische menschenverursachte Temperaturentwicklungen und darüber, was machbar ist und was nicht machbar ist, und sie entsprechen genau den Forderungen, die Sie, lieber Herr Wenzel, in Ihrem Antrag formulieren.

Ich finde, angesichts der Kluft, die es sonst so häufig zwischen unseren beiden Fraktionen gibt, ist das eine ganz erstaunliche Übereinstimmung. Dass Sie damit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz eine Gewinnerstrategie attestieren, verstehe ich einfach einmal als ausgestreckte Hand und als hoffentlich ernst gemeintes Zeichen Ihrer Bereitschaft, künftig unsere Initiativen in diesem Bereich konstruktiv zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung
bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Mit dem Antrag soll sich der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschäftigen. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir sind für heute am Ende der Sitzung angelangt. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 18.02 Uhr.